

02.06.2015

Bundesrat soll Ehe für alle voranbringen LSVD appelliert an die Bundesländer

Die Bundesregierung will weiter am Eheverbot für gleichgeschlechtliche Paare festhalten. Dazu erklärt Axel Blumenthal, Sprecher des Lesben- und Schwulenverbands (LSVD):

Der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) hat sich mit einem Appell an die 16 Regierungschefinnen und -chefs der Länder gewandt, über den Bundesrat für die Öffnung der Ehe initiativ zu werden. Wenn die Bundesregierung kläglich versagt und am diskriminierenden Eheverbot festhält, sind jetzt andere Verfassungsorgane gefragt. Der Bundesrat soll die Sache in die Hand nehmen. Er kann einen bedeutsamen Beitrag dazu leisten, dass Deutschland wieder Anschluss findet an die Entwicklung in anderen demokratischen Staaten.

Der Bundesrat hatte bereits 2013 einen Meilenstein gesetzt und als erstes deutsches Verfassungsorgan einen Gesetzentwurf zur Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare beschlossen. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, dass der Bundesrat dieses Anliegen wieder aufgreift und erneut einen Gesetzentwurf auf den Weg bringt, der im Bürgerlichen Gesetzbuch klarstellt, dass zwei Personen gleichen Geschlechts ebenfalls eine Ehe eingehen können.

Nicht zuletzt das Referendum in Irland hat gezeigt, dass die „Ehe für alle“ zunehmend und gerade bei jungen Menschen als eine zentrale Gerechtigkeitsfrage verstanden wird und als ein Gradmesser, ob eine Gesellschaft allen Menschen gleiche Rechte, Anerkennung und Teilhabe gewährt. Es ist eine Schande, dass die Große Koalition aus ideologischen Blockaden hier weiter abseits steht, obwohl auch in Deutschland die große Mehrheit der Bevölkerung für die Gleichstellung eintritt.

[Bundesratsbeschluss zur Öffnung der Ehe von 2013 \[http://www.lsvd-blog.de/?p=5022\]](http://www.lsvd-blog.de/?p=5022)

Der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).

Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.

Bundespressestelle

Almstadtstr. 7
10119 Berlin

Tel.: 030 – 789 54 778
Fax: 030 – 789 54 779

E-Mail: presse@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de